

## **Rede auf der Jubiläumssitzung „40 Jahre Studierendenparlament Marburg“**

Ich möchte in der kurzen Zeit umreißen, woraus meiner Meinung nach der zunehmende Verlust an Akzeptanz des hochschulpolitischen Engagements in der Studierendenschaft entspringt. Ich will hier nur die längerfristigen Tendenzen betrachten, die - jenseits bildungs- und wissenschaftspolitischer Entscheidungen - die Zukunft der Verfassten Studierendenschaft bestimmen werden.

Die Grundthese meines Vortrags ist, dass alle Gremien der studentischen Selbstverwaltung mit einer strukturellen Repräsentationskrise zu kämpfen haben, die sich in sinkenden Wahlbeteiligungen und Desinteresse an Hochschulpolitik äußert. Dies resultiert daraus, dass diese Institutionen auf verschiedenen Annahmen über den Charakter des Studenten/der Studentin beruhen:

Erstens hat das Konstrukt der „politischen Vertretung“ von Studierenden, wie sie sich bei Parlament und AStA finden lassen, das Ideal des/der Vollzeitstudenten/in als Bezugspunkt verloren. Studierende beziehen ihre Identität zunehmend weniger aus dem universitären Alltag, da andere Lebensbereiche wie ihre außeruniversitäre Qualifikation oder kulturelle Netzwerke an Bedeutung gewinnen. Der früher zentrale Ort Universität verliert vor allem auch an Bedeutung, weil Studierende durch Langzeitstudiengebühren und die Notwendigkeit zur Arbeit immer weniger Zeit dort verbringen. Hochschulpolitik betrifft ihre Lebensrealität daher nur noch am Rande. Sicherlich sind wir in Marburg als klassischer Universitätsstadt von diesem Phänomen weniger betroffen als Universitäten in Großstädten. Schließlich ist die Universität mehr oder weniger die Stadt, was unter anderem unsere noch relativ hohe Wahlbeteiligung und Politisierung der Studierenden erklären kann.

Zweitens hat sich vor allem im letzten Uni-Streik gezeigt, dass die neoliberale Umstrukturierung der Universität bereits deutliche Spuren hinterlassen hat. Vor allem nachdem kurzfristige Erfolge nicht absehbar waren, bröckelte die Solidarität. Viele waren einfach nicht bereit oder konnten keine Nachteile in ihrem individuellen Studienverlauf in Kauf nehmen. Dies zeigt, dass sich neben marktradikalen Vorstellungen bei den Studierenden eine neue Subjektivität durchsetzt, die nach einer möglichst effizienten und vermarktbareren Ausbildung verlangt. Diese wird als knappe Ressource gesehen, die im Wettbewerb mit anderen angeeignet werden muss. Individuelle Profilierung auch auf Kosten anderer bildet den Extremfall dieses Wettbewerbs im Studium um die knapper werdenden Stellen im Universitätsbetrieb und auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Eine traditionelle Anrufung gemeinsamer Interessen wie sie in der Hochschulpolitik noch immer stattfindet, stößt in dieser Situation in steigendem Umfang auf taube Ohren. Soviel zum Ideal des/der Vollzeitstudenten/in.

Ein zweites Ideal liegt den ständischen Institutionen der Universität zu Grunde: eine „Gemeinschaft der Studierenden“, die es weder gibt noch jemals gab. Dieses Ideal führen etwa Fachschaften immer wieder als Legitimation ihres Handelns ins Feld und es dient als Grundlage verschiedener Alternativen konservativer Politik zu den Verfassten Studierendenschaften. Spätestens mit der sozialen Öffnung der Universitäten Ende der 60er Jahre, die dem zunehmenden Bedarf an intellektueller Arbeit in der Reorganisation der kapitalistischen Produktion und Reproduktion Rechnung trug, und der Pluralität von Lebensentwürfen als Folge der Rebellion der neuen Massenintellektualität gegen die fordistische Arbeits- und Freizeitorganisation löste sich die scheinbare Homogenität der Studierendenschaft auf. Geschlechtsspezifische, rassistische und soziale Differenzen von Studierenden machen heute einen Rekurs auf eine studentische Gemeinschaft an der Universität und den Fachbereichen lächerlich.

Aufgabe studentischer Gruppen, die sich mit einer derartigen Entpolitisierung von

Studierenden nicht abfinden wollen und sich emanzipatorischer Politik verpflichtet fühlen, scheint deshalb zu sein, neue Möglichkeiten der Anrufung gemeinsamer Interessen vor allem in Universität und Gesellschaft marginalisierter Gruppen zu finden. Vorstellbar zu diesem Zweck wären einerseits die direkten Beteiligungsformen an studentischer Politik für diese Gruppen auszuweiten und Selbstorganisationsprozesse anzustoßen, andererseits aber auch aus dem Wandel in der studentischen Identität Konsequenzen zu ziehen und außeruniversitäre Problemkonstellationen wie Arbeitsverhältnisse oder gesellschaftlichen Rassismus zu thematisieren und sich den gewandelten Bedürfnissen der Studierenden anzunehmen. Ein allgemeinpolitischer Anspruch von Politik an der Universität bleibt nach wie vor bestehen und wird derart unabdingbar. Unter diesen Umständen verliert natürlich eine Institution wie das Studierendenparlament an Bedeutung. Dies ist jedoch alles andere als zu bedauern. Nach der Bildung des AStA verkommt es stets zu einem politischen Kasperletheater, in dem sich MächtegernpolitikerInnen profilieren und für ihre spätere parteipolitische Karriere schon einmal etwas Parlamentarismus spielen dürfen.

Emanzipatorische Politik ist heute in der Verteidigung der Reste demokratischer Strukturen erstarrt. Doch Slogans wie „Bildung ist keine Ware“ erreichen kaum noch jemanden. Bildung ist schon lange zu Ware geworden und war auch stets an seine Zweckmäßigkeit für die ideologische und ökonomische Reproduktion der gesellschaftlichen Machtverhältnisse gebunden. Eine Strategie, die hofft erneut den kritischen Überschuss eines humanistischen Bildungsideals mobilisieren zu können, das von einem dekommodifizierten Ausbildungs- und Wissenschaftssektor ausgeht, ist angesichts der Erfolge neoliberaler/neokonservativer Strategien zum Scheitern verurteilt. Eine offensive Position kann erst wieder bezogen werden, wenn an die Erfahrung der Individuen angeknüpft wird. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Massenintellektualität zu thematisieren bildet die Voraussetzung für eine erneute Anrufung des Gemeinsamen (Communen), in dem die Differenzen nicht aufgehoben sind.

Kommunismus ist prima.